

"Kultussteuer": Alle Kirchensubventionen streichen und gleichzeitig Steuerabsetzbarkeit ausweiten

Utl.: - 2 Mio Konfessionsfreie zahlen schon jetzt für kirchliche Denkmalpflege - Bauernbundvorschlag: Eine Schnapsidee und Strafsteuer für Kirchgangs-Schwätzer =

Wien (OTS) - Der oberösterreichische ÖVP-Landesrat und Bauernbund-Chef Maximilian Hiegelsberger fordert eine Strafsteuer für Atheisten und Konfessionsfreie. Mit dieser solle die Denkmalpflege finanziert werden. Bei den Konfessionsfreien und dem Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien stößt die Forderung auf Unverständnis und Kopfschütteln. "Fakt ist: Im Jahr 2002 etwa waren laut Bundesdenkmalamt nur knapp 4 Prozent der denkmalgeschützten Objekte im Besitz einer Religionsgemeinschaft. Für diese Objekte wird aber die Hälfte der Mittel des Bundesdenkmalamts aufgewandt. Und in jedem Bundesland bekommt die Kirche auch noch mal die Hälfte der Förderungen für die Denkmalpflege" erklärt dazu Niko Alm, Sprecher des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien.

Bauernbund betrachtet Konfessionsfreie als Melkkühe

Zu den genannten Zahlungen kommen noch zahlreiche Sonderzahlungen auf regionaler Ebene. "Da frag ich mich: Was an den ganzen Renovierungen ihrer Gebäude zahlt die Kirche eigentlich selber? Aus dem Kirchenbeitrag kommen die Mittel zum Großteil nicht, wie ein Blick auf die Budgets der Diözesen zeigt. Der Kirchenbeitrag finanziert vor allem die Gehälter von Pfarrern und der aufgeblähten Verwaltung", sagt Alm. "Die zwei Millionen Konfessionsfreien in diesem Land finanzieren schon jetzt einen guten Teil der kirchlichen Denkmalpflege. Dafür auch noch eine Sondersteuer von ihnen zu verlangen, ist einfach jenseits. Überdies verfügt die r.k. Kirche über ein Milliardenvermögen. Mit umfangreichen Immobilienbesitz, eigener Bank, großen Medienverlagen und sogar einer Beteiligung bei den Casinos Austria. Insgesamt hat man den Eindruck, als sei der aktuelle Bauernbundvorschlag dazu da, um von den atemberaubenden jährlichen staatlichen Kirchen-Subventionen in der Höhe von rund 2 Mrd. EUR abzulenken".

Sexuelle Gewalt und Vertuschung sind die häufigsten Gründe für Kirchenaustritt

Der Vorschlag sei auch menschlich "indiskutabel", sagt Alm. "Allein der Ausdruck Kirchensteuer-Flüchtlinge diffamiert die Menschen, die in den vergangenen Jahren aus Abscheu über strukturelle sexuelle Gewalt an Kindern und ihre systematische Vertuschung die römisch-katholische Kirche verlassen haben. Das ist unterste Schublade." Es lasse auch tief blicken, dass ein Politiker nicht verstehen könne, dass man eine solche Einrichtung nicht mitfinanzieren wolle. "Mit seinem Vorschlag entzieht er jedem mündigen Bürger das Recht, mit einer Religion, vor allem mit der katholischen Kirche, nichts zu tun haben zu wollen. Weil dann selbst bei einem Austritt die Kirche wieder abkassieren kann", sagt Alm.

Video: Wie der Staat die Kirchen finanziert:

www.kirchen-privilegien.at/archives/1055#more-1055

www.kirchen-privilegien.at

Rückfragehinweis:

FJ PURKARTHOFER PR, +43-664-4121491, info@purkarthofer-pr.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/12329/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0091 2012-01-05/13:13

051313 Jän 12

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120105_OTS0091